

HBVInfo

05.09.2023, 36. Kalenderwoche

Agrar- und verbandspolitische Nachrichten

Arbeitskreis Landwirtschaft, Handel und Industrie besucht Frischezentrum Frankfurt

Der Arbeitskreis Landwirtschaft, Handel und Industrie Hessen veranstaltete am 29. August eine Vortrags- und Besichtigungsveranstaltung im Frankfurter Frischezentrum. Geschäftsführerin Silke Pfeffer führte die Mitglieder des Arbeitskreises vergangene Woche durch die Hallen des Frischezentrums. Damit ein authentischer Eindruck des Marktgeschehens in den Hallen übermittelt werden konnte, begann die Veranstaltung bereits um 7 Uhr morgens. Im Anschluss an den Rundgang erläuterte Pfeffer die Geschichte des Frischezentrums und präsentierte einige Zahlen und Fakten. Derzeit bieten rund 100 Händler ihr Obst und Gemüse den knapp 3000 Kunden wie Wochenmarkthändlern, Lebensmitteleinzelhändler und Gastronomiebetreibern an. Das Hauptversorgungsgebiet konzentriert sich auf das erweiterte Rhein-Main-Gebiet. Die optimale Verkehrsanbindung direkt an der A5 und die 24 Stunden Öffnungszeit an jedem Tag des Jahres unterstützen die unkomplizierte Versorgung von 5 Millionen Verbrauchern. Jährlich findet ein Warenumsatz von etwa 460.000 Tonnen Obst und Gemüse statt.

Bundshaushalt 2024 – GAK- Kürzungen

Im Vorfeld der kommenden 1. Lesung des Bundeshaushaltes hat sich der DBV mit einem Brief an die Berichterstatter des Einzelplan 10 gewandt, und vor allem die geplanten Kürzungen in der GAK (minus 293 Mio. Euro) kritisiert. Der DBV regt an, eine teilweise Finanzierung der GAK-Mittel über den Klima- und Transformationsfonds (KTF) zu erwägen und bekräftigt damit einen Vorschlag der Unions-Agrarminister. Zu den GAK-Kürzungen führte der DBV am 4. September ein Pressegespräch. In den kommenden Wochen sind Gespräche mit den Berichterstattern EP 10, Frau Dilcher, SPD, Herr Schäfer, Grüne und Herr Schäfler, FDP vorgesehen. Der finale Beschluss des Bundeshaushalts ist für 28. November/1. Dezember 2023 vorgesehen. In einigen Ländern wurden nach BMEL-Zusendung des vorläufigen zu erwartenden GAK-Plafonds bereits Bewilligungsstopps für Fördermaßnahmen im Forst und

in den Bereichen Klimaschutz, Biodiversität und Tierwohl ausgesprochen. Besonders betroffen sind Neuanträge in 2023 bei mehrjährigen Vorhaben, jährliche Vorhaben und investiven Fördermaßnahmen in den Agrarumweltmaßnahmen, im Ökolandbau, in der Dorferneuerung und LEADER. Für Mitte September ist eine PLANAK Sitzung von Bund und Ländern zu den Auswirkungen im Förderinstrument GAK geplant.

Erntebericht 2023 des BMEL

Auch das BMEL geht, wie der DBV, von einer Getreideernte von unter 40 Mio. Tonnen aus, welche somit unter dem Ergebnis vom Vorjahr liegt. Das BMEL beschreibt ähnlich wie der DBV, dass mit verminderten Qualitäten gerade beim Weizen aufgrund der hohen Niederschläge um den Erntezeitpunkt gerechnet werden muss. Insgesamt sind die Zahlen des BMEL sehr nah an denen des Bauernverbandes. Besonders festzuhalten ist, dass sich Bundesminister Özdemir in der Pressekonferenz öffentlich gegen Biopatente im Bereich der neuen Züchtungsmethoden aussprach und festhielt, dass diese zu einer Einschränkung der Züchter in Deutschland führen können.

Wachstumschancengesetz im Kabinett mit abgesetzter USt-Pauschalierung

Der Regierungsentwurf für das Wachstumschancengesetz entspricht größtenteils dem Referentenentwurf, zum Teil gibt es Neuerungen und zusätzliche Punkte. Die wichtigsten geplanten Steuererleichterungen sind: Erhöhung der Sonderabschreibung auf 50 % für bewegliche Wirtschaftsgüter (7g-Betriebe); Anhebung der GWG-Grenze auf 1.000 EUR Sofortabschreibung; verbesserte Verlustrück-/vortragmöglichkeiten; befristete Wiedereinführung der degressiven Afa für bewegliche Wirtschaftsgüter sowie die befristete Einführung der degressiven Afa für Wohngebäude. Diese Maßnahmen können auch von Landwirten genutzt werden. Neu ist eine gewinnunabhängige Investitionsprämie für Unternehmen (auch land- und forstwirtschaftliche Betriebe) für Investitionen, die zu einer Minderung des Energieverbrauches beitragen und somit den Umwelt- und Klimaschutz verbessern. Trotz



diesen grundsätzlich positiven steuerlichen Maßnahmen, sieht auch der Regierungsentwurf für LuF eine weitere Absenkung des Pauschalierungssatzes derzeit 9,0 % auf 8,4 % und damit eine erhebliche Mehrbelastung vor. Aus Sicht des DBV liegt darin ein Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichheit der Besteuerung. Eine solche deutliche und bewusst erfolgte Benachteiligung der pauschalierenden Landwirte durch Verzerrungen im Berechnungssystem und die Definition der Berechnungszeiträume ist nicht hinnehmbar. Nach unseren Berechnungen müsste der Durchschnittssatz vielmehr erhöht statt weiter abgesenkt werden. Dies wird der DBV gegenüber den Bundestagsabgeordneten vortragen.

Klausuren der Bundestagsfraktionen

Vor der Wiederaufnahme des Berliner Politikbetriebes treffen sich die Fraktionen. So hat sich die SPD zu Beginn der vergangenen Woche in Wiesbaden auf sieben Positionspapiere geeinigt. Im Fokus stand hierbei die Unterlage „Wettbewerbsfähige Industrie durch günstigen Strom“ – auch mit Blick auf die Kabinettsklausur in Meseberg. Das Thema Landwirtschaft wurde im Kontext der Position „Klimaschutz – und zwar global gerecht“ ausschließlich im globalen Sinne aufgegriffen. Es heißt hier: „Um sowohl die Klima- als auch die Biodiversitätskrise aufzuhalten und die Ernährung der Zukunft zu sichern, müssen wir die globale Land- und Forstwirtschaft und das gesamte Ernährungssystem nachhaltig transformieren. Hierfür bedarf es eines Paradigmenwechsels in der internationalen Zusammenarbeit hin zu einer verstärkten Regionalisierung und einer solidarischen Landwirtschaft, die an der Ernährungssouveränität, insbesondere der Länder des globalen Südens und einer fairen Wertschöpfungskette interessiert ist.“ Alle Papiere finden Sie [hier](#).

Der Fraktionsvorstand der **Grünen** hat einen Beschluss „Leben und Wirtschaften in ländlichen Räumen“ gefasst. Hier wird das Thema Landwirtschaft intensiver aufgegriffen und bietet gerade mit Blick auf die anstehenden Haushaltsverhandlungen in Sachen GAK kontroverse Aussagen.

- „Wir stärken neue Einnahmequellen und Geschäftsmodelle von Bäuerinnen und Bauern und haben dabei das knappe Gut Boden im Blick. Die gleichzeitige Nutzung von Flächen für Landwirtschaft und Energiegewinnung (Agri-PV) wird besonders vergütet. Dadurch entstehen zusätzliche Einkommen für Obstbauern, Winzerinnen oder Landwirte. (...)“
- „Im Rahmen der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe GAK und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) stellen die Bundesländer die konkreten Förderangebote bereit, auch für Dorfläden oder andere Orte der Gemeinschaft. Mit dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung BULEplus fördert das BMEL Modell- und Demonstrationsvorhaben, wie etwa Multifunktionshäuser.“
- „Viele Regionen sind geprägt von Ackerbau und Tierhaltung. Diese Betriebe sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Doch gerade Nutztierbetriebe erleben seit Jahren einen großen Strukturbruch mit sinkenden Absatzzahlen. Was es braucht, sind wirtschaftliche Perspektiven für die Landwirtinnen und Landwirte auf ihren Höfen. Der zukunftsfeste Umbau der Tierhaltung ist der Schlüssel, um das Höfesterben zu beenden und die Wertschöpfung in der Landwirtschaft zu sichern. Das Ziel ist klar: Weniger Tiere besser halten, damit Landwirt*innen gute Einkommen erwirtschaften können. Dabei unterstützen wir die Landwirtinnen und Landwirte. (...)“

Das umfassende Papier – auch mit Aussagen zur Lebensmittelwirtschaft finden Sie [hier](#).

Die **FDP-Bundestagsfraktion** kam am vergangenen Freitag in Dresden zur Klausur zusammen. Es ging u. a. darum, wie man das Thema Landwirtschaft in der zweiten Hälfte der Regierungsperiode stärker im Sinne der FDP platzieren kann.



Wolf in Berlin und Brüssel auf die Tagesordnung gebracht

Nachdem der DBV gemeinsam mit den Weidetierhalter- und Landnutzerverbänden bereits Ende Juli Vorschläge zur rechtlichen Umsetzung eines Bestandsmanagements beim Wolf an Bundesumweltministerin Lemke übermittelt hat, wurde in der letzten Woche von Seiten der FDP-Bundestagsfraktion ein Rechtsgutachten von Prof. Brenner veröffentlicht. Hierin werden ebenfalls mögliche rechtliche Schritte zur Umsetzung eines regional differenzierten Bestandsmanagements im Sinne des Koalitionsvertrages aufgezeigt. Inhaltlich fügen sich die Ansätze aus dem Rechtsgutachten gut in die Vorschläge des Berufsstandes und untermauern die Argumentation der Verbände. Danach bietet die EU-FFH-Richtlinie einen rechtlichen Anknüpfungspunkt für ein Bestandsmanagement, indem der Schutz der gesellschaftlichen Akzeptanz als Begründung für eine Ausnahme vom strengen Schutz herangezogen wird.

In dieser Woche wird der DBV in Brüssel zur **Ministerpräsidentenkonferenz** vor der Landesvertretung Niedersachsen eine Demonstration zum Thema Wolf und Weidetierhaltung durchführen. Geplant ist die Übergabe eines Forderungspapiers mit notwendigen Schritten auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene. Die Verbände BWV Rheinland-Nassau, RLV, Thüringer Bauernverband, Landvolk Niedersachsen und ggfs. Bayern und Brandenburg haben signalisiert, mit Delegationen an Weidetierhaltern vor Ort zu sein.

BMEL-Milchkonferenz: Abbau der Tierhaltung (unerklärtes) Ziel des BMEL, Artikel 148 auf dem Weg

Die BMEL-Milchkonferenz war mit 140 Teilnehmern (ca. 35 aus dem DBV-Fachausschuss Milch sowie weiteren führenden LBV-Vertretern, hinzu landwirtschaftliches Ehrenamt aus Genossenschaftsmolkereien) seit Wochen ausgebucht. HBV-Präsident und DBV-Vizepräsident Schmal nahm an der Podiumsdiskussion u.a. mit BMEL-Staatssekretärin Bender teil. Die Botschaft des BMEL bei der Durchführung der Konferenz: Man

steht an der Seite der Milchviehbetriebe. Die un-bequemen Botschaften – die jedoch während der Konferenz erkennbar den Zielen des BMEL entsprachen – überließ das BMEL Prof. Taube (Uni Kiel) und bereits zwei Tage vor der Konferenz Greenpeace: Man benötigt angeblich einen deutlichen Abbau der Milchviehhaltung, die möglichst ohne Kraftfuttermiteinsatz ausschließlich auf Weiden erfolgen solle – außer natürlich in Moor-gebieten. Um die Position der Erzeuger in der Kette vermeintlich zu stärken – und den Anliegen des BDM entgegenzukommen – kündigte das BMEL an, die Anwendung des Artikels 148 der GMO mit den Koalitionspartnern anzugehen. In dem Artikel werden die Vertragsbeziehungen zwischen Milcherzeugern und Molkereien geregelt. Die Anwendung des Artikels besagt zunächst nur, dass ein schriftlicher Vertrag vor der Lieferung abzuschließen ist und Vereinbarungen zu Mengen, Preisen und Laufzeiten enthalten muss – Genossenschaften sind von dieser Regelung ausgenommen. De facto ergäbe sich somit aus der Anwendung des Artikels 148 keine Änderung der heute bestehenden Lieferbeziehungen! Dennoch kann die Ankündigung Rückenwind für die Forderung des DBV sein, die Lieferbeziehungen marktgerechter (verbindlichere Mengenabstimmung, mehr Preisabsicherung, frühere Weitergabe von Preissignalen) zu gestalten. Das BMEL hat angekündigt, auch Vorgaben gemäß Unterabsatz 4 des Artikels 148 in Betracht zu ziehen. Das würde zum Beispiel die Etablierung von Festpreismodellen mit sich bringen. Direkte staatliche Eingriffe in die Produktionsmengen strebt das BMEL derzeit nicht an. Randnotiz: Das Catering war vegetarisch, obwohl mehr als 80 % der Teilnehmer Rinderhalter und Vertreter derselben waren.

Tierschutzgesetz: Austausch mit Staatssekretärin Bender

Die angestrebte Novelle des Tierschutzgesetzes betrifft vor allem Milchviehhalter. Gemeinsam mit BBV-Milchpräsident Königer erfolgte im Vorfeld der



Milchkonferenz ein Austausch mit dem BMEL. Staatssekretärin Bender erläuterte, dass bzgl. des Auslaufens der Anbindehaltung derzeit zwei Optionen in der Regierungskoalition im Raum stehen: Auslaufen der Anbindehaltung nach 5 Jahren mit den im Entwurf vorgesehenen sehr engen Ausnahmeregelungen für Anbinde-Betriebe mit Laufhof und Weide oder Auslaufen aller Anbindehaltungsbetriebe nach 10 Jahren. Bzgl. der Betäubung bei der Enthornung nahmen die BMEL-Vertreter zwar die Argumente des Bauernverbands (Tierärztemangel) interessiert auf, aber das Ziel bleibt dennoch, dass die Betäubung in Zukunft vorgeschrieben werden soll. Frau Bender kündigte an, dass die Länder- und Verbändeanhörung nicht nur pro forma durchgeführt werden solle und auch eine Rückmeldefrist von vier Wochen für die Verbände vorgesehen sei. Weiterhin befinde man sich derzeit in Ressortabstimmung, die FDP würde bei einigen Punkten den weiteren Gesetzgebungsprozess bremsen.

NAP: AG Integrierter Pflanzenschutz startet

Am Mittwoch, 30. August 2023, fand in Berlin die konstituierende Sitzung der AG Integrierter Pflanzenschutz innerhalb des Nationalen Aktionsplans Pflanzenschutz (NAP) statt. Das BMEL plant, im Kontext der nationalen und europäischen Bemühungen der Reduktion des Pflanzenschutzmitteleinsatzes den Integrierten Pflanzenschutz zu stärken. Kernaufgabe der neu gegründeten Arbeitsgruppe ist dabei laut BMEL die Analyse der Erfolgsfaktoren und der bestehenden Hürden für die Umsetzung des Integrierten Pflanzschutzes sowie die Entwicklung von Lösungsansätzen für die Überwindung dieser Hürden und für die Stärkung der Erfolgsfaktoren. Zudem soll sich die Arbeitsgruppe mit der Weiterentwicklung von nicht-chemischen Verfahren und Maßnahmen des biologischen Pflanzschutzes befassen sowie Empfehlungen für die Weiterentwicklung von Anbausystemen erarbeiten. Der DBV wies darauf hin, dass nicht aus den Augen verloren werden dürfe, dass noch für einen sehr langen Zeitraum die Notwendigkeit bestünde, Pflanzen auch mit chemisch-synthetischen Mitteln zu schützen. Dementsprechend müsse auch die intensive Befassung mit den technischen Möglichkeiten für eine

präzise und damit sparsame Ausbringung von chemischen & biologischen Mitteln zu den Aufgaben der AG gehören, insbesondere deshalb, weil damit sehr schnell erhebliche Einsparpotentiale zu realisieren seien. Dies wurde von vielen anwesenden Verbänden unterstützt. Der nächste Termin der AG wird voraussichtlich im Frühjahr 2024 stattfinden.

NRL und IED: EU-Trilog-Update

Nachdem in der Woche vom 10. Juli 2023 während der Plenarsitzung in Straßburg die EP-Positionen zur Naturwiederherstellungsverordnung (NRL) und der Revision der Industrieemissionsrichtlinie (IED) durch die Europaabgeordneten angenommen wurden, starteten am 19. Juli 2023 formal die interinstitutionellen Trilogverhandlungen. Diesbezüglich stellen die beiden EP-Texte aus Sicht der Landwirtschaft unterstützbare Positionen dar, wenngleich nicht alle Problemstellungen behoben werden. Am 30. und 31. August 2023 fanden hierzu erste Schattenberichterstatter-Treffen im Europäischen Parlament statt, an denen u.a. die deutschen MdEPs Christine Schneider (EVP) und Jutta Paulus (Grüne) teilnahmen. Trotz der Opposition der EVP gegen das NRL im Vorfeld der Plenarabstimmung soll der größten Gruppe im Parlament eine nicht unwesentliche Rolle bei den weiteren Verhandlungen zukommen. Sowohl beim NRL als auch der IED werden landwirtschaftsbezogene Inhalte erst gegen Ende der Verhandlungen final besprochen. Nach jetzigem Stand soll der NRL-Trilog am 16. November 2023 und der IED-Trilog am 28. November 2023 abgeschlossen werden. Nach Abschluss der Verhandlungen muss das Ergebnis nochmals vom Europäischen Parlament und Rat bestätigt werden.

Timmermans geht zurück in die Niederlande und Hoekstra soll kommen

Frans Timmermans legte in der vorvergangenen Woche sein Amt nieder. Hintergrund dafür ist seine Spitzen-Kandidatur für ein Bündnis aus Sozialdemokraten und Grünen bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden, nachdem die Koalition um den Rechtsliberalen Mark Rutte auseinandergefallen ist. Datum der Wahl ist der 22. November 2023. Somit muss für die



Zeit bis zu den Europawahlen, die am 9. Juni 2024 stattfinden, ein neuer niederländischer EU-Kommissar bestimmt werden. Die amtierende niederländische Regierung hat hierfür den aktuellen Außenminister und Christdemokraten Wopke Hoekstra vorgeschlagen. Timmermans' Verantwortung für den Green Deal wurde auf den langjährigen Kommissar und Vizepräsidenten Maroš Šefčovič übertragen. Zusätzlich soll sich Hoekstra gezielt um Klimathemen kümmern, sofern er eine nun folgende Anhörung im Europaparlament übersteht. Insbesondere auf den Seiten der Grünen, Sozialdemokraten und Linken gibt es Vorbehalte gegenüber dem konservativen Hoekstra. Hier zieht man sein Engagement für den Klimaschutz in Zweifel. Deshalb will Hoekstra den Sozialdemokraten Diederik Samson als Kabinettschef von Timmermans übernehmen, um so die Kritiker aus dem EU-Parlament zu besänftigen. Beim Weltklimagipfel im November würde dann Hoekstra die EU vertreten.

Carbon Farming: EP-Agrarausschuss stimmt über Stellungnahme ab

Am 30. August 2023 stimmte der EP-Agrarausschuss über seine Position zum "Certification Framework on Carbon Removals" ab, also dem Zertifizierungsrahmen für Kohlenstoffentnahmen, auch Carbon Farming genannt. Die Stellungnahme wurde angenommen mit der klaren Botschaft, dass die Land- und Forstwirtschaft Teil der Lösung ist. Hierbei sollen auch die Vermeidung von Emissionen anerkannt werden, was durchaus umstritten ist, um es sauber von der Kohlenstoffentnahme zu trennen. Der EP-Umweltausschuss wird dazu am 2. Oktober 2023 abstimmen und das gesamte Parlament im Plenum zwischen dem 16. und 19. Oktober 2023.

EP-Agrarausschuss debattiert mögliche Re-Autorisierung von Glyphosat

Am 30. August 2023 trat der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments zusammen, um unter anderem über die bevorstehende mögliche Marktautorisierung des Herbizids Glyphosat zu beraten. Während Europaabgeordnete sämtlicher Fraktio-

nen des Parlaments das Urteil der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) begrüßen, welches Glyphosat als „unbedenklich“ einstuft, bestehen nach wie vor Datenlücken, die Zweifel wecken. So hat die EFSA zum Beispiel nicht einordnen können, inwiefern Glyphosat DNA-Abbau und neurotoxische Schäden verursache. Aktuell arbeitet die Europäische Kommission, auf Grundlage des EFSA-Gutachtens, an einem Stopp oder einer Erneuerung des Zulassungsverfahrens. In den nächsten Schritten werden die EU-Mitgliedstaaten den kommenden Kommissionsvorschlag beraten und im Oktober darüber abstimmen. Käme bei der Abstimmung keine qualifizierte Mehrheit zustande, so ist die Europäische Kommission befugt, eine Entscheidung zu treffen.

Aktuelle HBV-Rundschreiben

110-23 v. 01.09.23	Hinweis auf Mahnwache „Wolf und Weidetierhaltung“ anlässlich der Sonder-MPK in Brüssel
--------------------	--